tisches Land angesehen werden, solange kein Friedensvertrag abgeschlossen ist".

Als verlautete, Wyschinski habe einen fertigen Entwurf für eine neue Donau-Konvention in der Tasche, beugte der französische Delegationsführer Botschafter Thierry vor: „Keine Mehrheit, einfach, qualifiziert oder selbst von sieben Zehnteln, kann das bestehende Statut ohne das vorherige Einverständnis der interessierten Parteien für ungültig erklären".

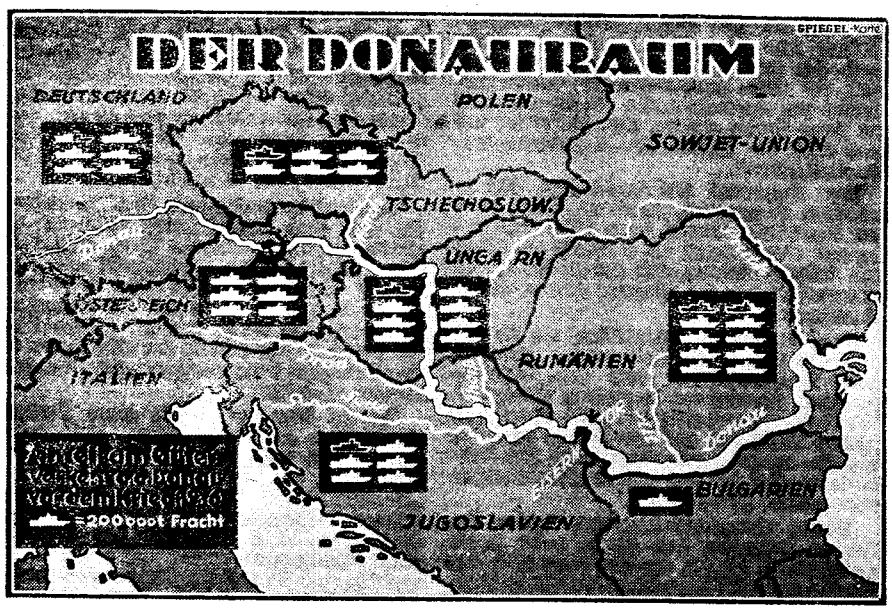
Daraufhin holte Wyschinski tief Luft zu einer Gegenrede: „Dies ist nicht die Sprache der Zusammenarbeit, sondern ein Befehlston, nicht die Sprache von gleichberechtigten Partnern, die zusammenarbeiten wollen, sondern der Befehl von Herren an ihre Untergebenen. Sollten die Westmächte auch weiterhin Bedingungen stellen, so wird man ihnen die Tür, die man ihnen bei ihrer Ankunft geöffnet hat, ebensoweit für ihre Abreise öffnen. Hier gibt es keine Beneluxe".

„Wir werden nicht nach dem Knallen der Peitsche Wyschinskis tanzen", konterte Großbritanniens Vertreter Sir Charles Peake ebenso scharf.

Dann legte Wyschinski seinen Konventionsvorschlag auf den Tisch. Sein Knüller ist der Ausschluß der USA, Großbritanniens und Frankreichs aus der Donau-Kontrollorganisation. Im übrigen enthält er Präambel und 42 Artikel mit dem Hauptgesichtspunkt, „die freie Donau-Schiffahrt in Uebereinstimmung mit den Interessen und den souveränen Rechten der Donauländer" in einer Kommission aus je einem Vertreter der Donauländer mit Sitz in Galatz zu garantieren.

Artikel 27 des Wyschinski-Entwurfs bestimmt, daß Schiffe aller nicht an die Donau angrenzenden Staaten den Strom nicht befahren dürfen. Die Benutzung des Wasserweges durch Donauländer unter eigener Flagge über die eigene Landesgrenze hinaus ist nur nach Vereinbarung zwischen den betreffenden Ländern möglich. Von dem Donau-Land Deutschland ist in den ganzen 19 Seiten nicht die Rede.

Die Westmächte zeigen wenig Neigung, Wyschinskis Donau-Plänen zu folgen. Die „New York Times" sagte, warum: „Die von Wyschinski vorgeschlagene Konvention würde die Umwandlung der Donau in einen privaten russischen Fluß bedeuten."



Zypern-Rosinen

Für England indiskutabel

Es gab einige Aufregung und Verstimmung in den Amtsräumen des britischen Kolonialministeriums, als den Abteilungsleitern und dem Minister selbst die neueste Ausgabe der „New York Times" auf den Tisch gelegt wurde. Einem Interviewer der New Yorker Zeitung hatte König Paul von Griechenland unmißverständlich erklärt, Griechenland wünsche die Vereinigung der britischen Kolonie Zypern mit dem alten griechischen Mutterland.

Es beruhigte die britischen Kolonisatoren keineswegs, daß Griechenlands König Großbritannien und den USA neue Stützpunkte auf Kreta „oder an anderen Orten" als Gegengabe in Aussicht stellte. Besonders die Erwähnung der USA war den Briten gar nicht recht.

Besorgt stellte ein offizieller Sprecher Londons die Frage, ob nicht die USA geneigt sein könnten, die griechischen Forderungen auf Zypern zum Nachteil der „vorwiegenden Interessen Großbritanniens im Mittelmeer" zu unterstützen. Der britische Bedarf an Amerikanern ist mit der Anwesenheit amerikanischer Oelfachleute auf der Mittelmeerinsel ohnehin ausreichend gedeckt.

Offiziell hat Großbritannien die Vorschläge des Griechenkönigs noch nicht beantwortet. Die inoffizielle Antwort war um so deutlicher: der vor Monaten begonnene Bau von Flugplätzen und Flottenstützpunkten auf Zypern wird im Rekordtempo fortgesetzt.

In höchst geheimen Akten im Londoner Kriegsministerium kann man die Gründe nachlesen: die Rosineninsel soll Malta als Hauptstützpunkt im Mittelmeer ablösen. Um die evakuierten Basen in Palästina und Aegypten zu ersetzen und weil Griechenland, die Türkei, die nahöstlichen Oelgebiete und der Suezkanal per Flugzeug so greifbar nahe liegen.

Aus dem gleichen Grunde hat bisher auch Lord Winster, der Gouverneur der britischen Kronkolonie, für die Anschlußwünsche seiner 360 000 griechischen Rosineninsulaner taube Ohren gehabt. Statt dessen teilt Lord Winster seine Aufmerksamkeit zwischen den hohen britischen Militärs, von denen immer ein paar die Insel besuchen, und der langsam, aber stetig anwachsenden kommunistischen Partei, der General Markos ab und zu durch ein paar nächtliche Flugzeuge geheime Mitteilungen abwerfen läßt. Der griechische Rebellengeneral hat seine eigenen volksdemokratischen Pläne für die Zukunft der Insel.

Lord Winsters politische Beruhigungspille für die Einwohner der Insel bestand kürzlich in der Gründung eines „Beratenden Rates". Der bisher einzige Rat des Rates ist für den Gouverneurslord vorläufig allerdings noch völlig indiskutabel: Loslösung Zyperns von Großbritannien und Rückkehr zum griechischen Mutterland.

Kleine Liebe zu Grönland

Der Luftfahrt und des Wetters wegen

Der Ministerpräsident eines der kleinsten europäischen Länder befindet sich zur Zeit auf einer kaum beachteten Reise, um zu untersuchen, ob es sich lohnt, die größte Insel der Welt zu einer Provinz seines Landes zu machen.

Es ist Hans Hedtoft, Dänemarks Regierungschef, und seine Reise gilt der Insel Grönland in der Arktis, auf deren fast zwei Kilometer dicken Eisschicht ganz Frankreich bequem viermal Platz hätte. Seit 1814 ist Grönland eine dänische Kolonie (die einzige übrigens), die nebenher von dem kleinen Lande mit großen Zuschüssen mitverwaltet wurde. Heute ist die Rieseninsel ein Territorium, an dem das Politbüro in Moskau genau so interessiert ist wie das State Department in Washington.

Eine jubelnde Menschenmenge der Landeskinder hat Herrn Hedtoft auf Grönland nicht empfangen. Nur knapp fünfhundert seiner dänischen Mitbürger sind auf der zwei Millionen Quadratkilometer großen Arktisinsel ansässig. Sie regieren die 18 000 Grönländer, von denen nur wenige noch echte Eskimos sind.

Statt dessen hat Hedtoft auf der Insel eine stattliche Anzahl von Amerikanern vorgefunden. Und es gibt in Dänemark gutinformierte Leute, die meinen, wegen der Amerikaner sei Hedtoft eigentlich nur hingefahren.

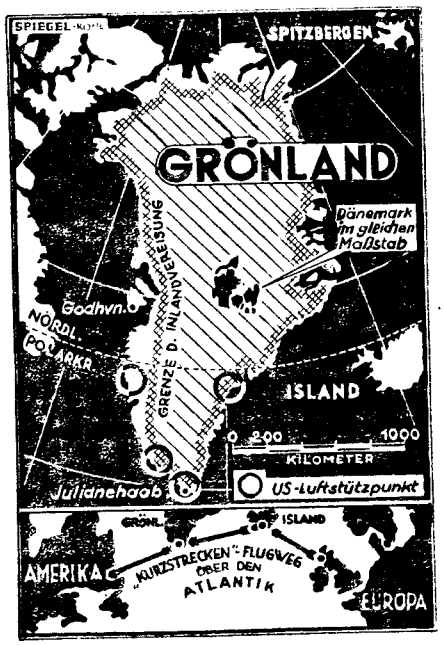
Die Liebe zur Luftfahrt war es, die die Amerikaner zuerst nach Grönland brachte. Sie ist es auch, die sie heute dableiben läßt. Admiral Richard E. Byrd, der 1925 zum erstenmal die Eiswüste des Landes überflog, berichtete nach Hause, daß auf einem wenige Kilometer breiten eisfreien Streifen an der Westküste Grönlands gute Landungsmöglichkeiten bestehen. Oberst Charles Lindbergh bestätigte das 1933. Seit dieser Zeit nimmt die Insel auf den Washingtoner Generalstabskarten einen wichtigen Platz ein.

Als Amerika 1941 in den Krieg eintrat, erhielt es von Dänemarks Washingtoner Exilgesandten das Recht, militärische Stützpunkte auf der Insel anzulegen. Schon wenige Tage später trafen die ersten Truppen auf der Insel ein.

In wildem Tempo wurden Luftbasen, Hafenbefestigungen und Wetterstationen angelegt. Der jahrtausendealte „Wikinger-Kurs" — England — Island — Grönland — Neufundland — Nordostamerika — bot für die letzten Weltkrieger zu verlockende strategische Möglichkeiten, als daß die USA sie von Hitler ausnutzen lassen wollten.

1946 äußerte Dänemark nach einer Periode höflichen Wartens den Wunsch, Grönland wieder allein zu verwalten. Als 1947 die Khaki-Behosten noch immer da waren, gab es Proteste in Washington und bittere Worte in Kopenhagen.

Unter den Protestanten war auch Rußland, wo die Liebe zur militärischen Luftfahrt mindestens ebenso ausgeprägt ist wie in den USA. Der Vorschlag eines amerika-



nischen Kongreß-Abgeordneten, den Dänen Grönland einfach abzukaufen, stieß in Kopenhagen auf eisige Ablehnung.

Offiziell wurde aber erst im September 1947 die Katze aus dem Sack gelassen, als auf der Rio-Konferenz der 19 amerikanischen Staaten Grönland einfach in den Verteidigungsbereich des amerikanischen Kontinents einbezogen wurde. Die Dänen wurden nicht gefragt.

„Uebernahme des Rechtes in amerikanische Regie", nannte es das Kopenhagener „Ekstrabladet". Dänemarks Protest führte zu dem Kompromiß, daß zwar die Truppen abziehen mußten, Dänemark aber die Basen in Ordnung halten und die Einrichtung amerikanischer Funk- und Wetterfunkstationen zulassen sollte.

Seither trafen geradezu beängstigend viele amerikanische Funk- und Wetterexperten auf der Eis-Insel ein. Die heißen Quellen in dem einsamen Land erregten die Aufmerksamkeit von Geologen, und die Nachricht, daß Oel auf der Insel gefunden wurde, wunderte außerhalb Grönlands niemanden mehr.

Jetzt soll Grönland von einer Kolonie zur dänischen Provinz aufsteigen. Eine Regierungskommission arbeitet schon an Plänen für all das, was Grönland noch nicht hatte und nun bekommen wird. An erster Stelle stehen Gefängnisse. Die gab es bisher dort genau so wenig wie ein Strafgesetzbuch. Bisher bestand die strengste Strafe für Verbrechen in der Verweisung von einem Wohnplatz zu einem anderen.

Auch eine Schulreform ist ins Auge gefaßt. Die uralte grönländische Sprache, deren Ursprung man nicht kennt und die bisher Lehrsprache war, soll durch die dänische Sprache ersetzt werden. Dabei gibt es allerdings erhebliche Schwierigkeiten. Es haben sich noch nicht viele Dänen bereitgefunden, als Lehrer in das Land des ewigen Eises überzusiedeln.

In dem dänischen Regierungsprogramm für Grönland ist auch der Bau von Hospitälern, einem kleinen Kohlenbergwerk und Elektrizitäswerken vorgesehen. Billig wird das alles nicht gerade werden. Aber die Amerikaner auf der Insel sind gern bereit, ihre guten Beziehungen zu den Marshallplan-Lieferanten für eine Teilfinanzierung in die Waagschale zu werfen. Hauptsache, sie können bleiben.

Pußta-Märchen

Onkel Zoltan mußte gehen

Nur etwas mehr als zwei Jahre konnte Zoltan Tildy den Hausherrn im Palais des Präsidenten der ungarischen Republik in der Andrassy-ut in Budapest spielen, das ihm laut Verfassung vier Jahre als Dienstwohnung zugedacht gewesen war. Vor der Zeit zog Tildy nun aus. Freiwillig.

So jedenfalls steht es in der etwas gewundenen Erklärung zu lesen, mit der Ungarns Staatspräsident seinen Rücktritt bekanntgab. Auch Tildy brachte es nicht fertig, die bei derlei Anlässen in östlichen Demokratien üblichen Kommuniqués einmal durch Originalität zu variieren.

Westliche Beobachter halten es für ein ausgesprochenes Pußta-Märchen, wenn Tildy seinen Rücktritt nicht mit politischen, sondern rein personellen Gründen zu erklären versucht. Damit nämlich, daß ein Mitglied seiner Familie sich gegen die demokratische Staatsordnung Ungarns gewandt habe und er als Staatspräsident deshalb nicht mehr das volle Vertrauen der ungarischen Nation genieße.

Als Sündenbock mußte Tildys Schwiegersohn Dr. Victor Csornoky herhalten, der bis vor kurzem Ungarns Gesandter in Kairo und vorher Beamter an der ungarischen Gesandtschaft in Washington gewesen war. Aus dieser Tätigkeit ließ sich leicht jene „Kollaboration mit dem angloamerikanischen Imperialismus" konstruieren, die schon so vielen östlichen Politikern das Genick gebrochen hat.

Als Csornoky kürzlich von Kairo zurückberufen wurde, zog gleichzeitig vor seiner Wohnung ein Polizeiposten auf. Mit dem Befehl, auf den „Spion und Landesverräter" zu schießen, sobald er seine Wohnung verlasse. Der Schuß traf gut und machte den Schwiegersohn des Staatspräsidenten fluchtunfähig. Einen Tag später wurde er in seiner Wohnung verhaftet.

Der Schuß traf auch den Schwiegervater, der erst vor kurzem den ungeratenen Schwiegersohn mit dem Großkreuz des Ordens der ungarischen Republik ausgezeichnet hatte. Tildy hatte nichts einzuwenden, als ihm die Abdankungsurkunde vorgelegt wurde.

Die wahren Hintergründe erklären eingeweihte Beobachter allerdings lieber mit jenem auch in Ungarn bekannten Sprichwort, das Zoltan Tildy selbst so gern zitierte: „Der Krug geht so lange zu Wasser, bis er bricht". Wie Benesch hat auch Tildy erfahren müssen, daß Opportunität nicht das Allheilmittel ist, mit dem eine Demokratie vor dem östlichen Totalitarismus bewahrt werden kann.

Opportunität und eine joviale Farblosigkeit waren allerdings schon früher die hervorstechenden Merkmale des 60jährigen Ex-Präsidenten gewesen. „Guter Durchschnitt ohne besondere Kennzeichen" wurde Tildy einmal von einem ausländischen Journalisten charakterisiert.

Als der junge Akademiker mit dem Doktortitel, der zuerst Philologie, dann Theologie studiert hatte, sich 1919 der neuen Partei der Kleinen Landwirte anschloß, war diese Repräsentation der Masse der ungarischen Kleinbauern auch ohne ihn ihres Aufstiegs gewiß. Durch sie und im Schatten des Grafen Bethlen kam Tildy ins Parlament, ohne daß die ungarische Parteigeschichte der zwanziger Jahre seinen Namen besonders erwähnt. Noch mit 40 Jahren wurde Tildy Pastor einer reformierten Gemeinde.

Aber erst in den dreißiger Jahren begann er, sich als hervorragender Redner einen Namen zu machen. Bis zum Beginn des zweiten Weltkrieges rückte er in seiner politischen Laufbahn bis zum Parteivorsitzenden auf.

Diese Stellung brachte ihn 1944 in den Vordergrund der Widerstandsbewegung gegen die deutsche Besetzung. Er entging damals einer drohenden Verhaftung dadurch, daß er sich im Gebäude der unter dem Schutz der Schweizer Gesandtschaft stehenden Schottischen Mission in Budapest versteckte. Hier hielt sich auch Arpád Szakasits verborgen, einer der Führer der ungarischen Sozialdemokratie, der später Tildys heftigster Widersacher und jetzt sein Nachfolger auf dem Präsidentensessel werden sollte. Tildys eigentliche politische Karriere begann erst mit dem Einmarsch der russischen Truppen in Budapest. Er kam aus seinem Versteck in der Schottischen Mission heraus und errichtete im gleichen Gebäude aufs neue das Hauptquartier der „Partei der Kleinen Landwirte".

Die Russen hielten es damals noch für ratsam, bei der Verwirklichung ihrer Ziele in Ungarn ein gemäßigtes Tempo anzuschlagen. Die bisher führende Gesellschaftsschicht Ungarns war geflüchtet, die industriellen Arbeitsstätten waren zerstört, nur das Bauerntum harrte auf seinen ländlichen Besitztümern aus. So wurde alles getan, um sich in der Zeit bis zur völligen Machtübernahme der Kommunisten der Bauernbevölkerung zu versichern.

Tildy wurde als geeignetes Medium zur Verwirklichung dieser Ziele befunden. So sollte er Anfang März 1945 den geistigen Vater des Bodenreformgesetzes mimen, das in Wirklichkeit Marschall Woroschilow bereits unterschriftsfertig aus Moskau mitgebracht hatte. Kritik aus den eigenen Reihen begegnete Tildy mit den Worten: „Woroschilow hat bereits alles angeordnet, ungarische Bemühungen sind zwecklos".

Auf schmalem Pfad gestürzt
Zoltan Tildy: joviale Farblosigkeit